



WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

EU-NEIN startet Kandidatur für Wahl zum Europaparlament

Bündnis von IHU und NFÖ

Am 17. Jänner 2019 gaben die beiden Initiativen „**Neutrales Freies Österreich**“ NFÖ und „**Initiative Heimat & Umwelt**“ IHU in einer Pressekonferenz ihre gemeinsame Kandidatur bei der Wahl zum Europaparlament unter der Listenbezeichnung **EU-NEIN** bekannt. Der Name des Bündnisses (Langbezeichnung am Stimmzettel) lautet:

„**EU-Austritt, Einwanderungs-Stopp, Direkte Demokratie, Neutralität**“,

die Kurzbezeichnung zum Ankreuzen (darf nur sieben Zeichen umfassen): „EU-NEIN“.

Warum wollen EU-Gegner ins Europaparlament?

IHU-Obfrau Inge RAUSCHER und NFÖ-Obmann Dipl.Ing. Rudolf POMAROLI dazu:

Das „Europaparlament“ ist per offizieller Definition eine Vertretung **aller** Bürger der EU-Mitgliedsländer, zu denen ja auch viele EU-Gegner und Austrittsbefürworter gehören, die deshalb beileibe **keine Europafeinde** sind. Gerade weil wir uns zu dem bekennen, was Europa wirklich ausmacht, wollen wir aus dieser EU wieder heraus hin zu einem direkt-demokratischen und nicht nur in Sonntagsreden neutralen Österreich, in dem der Charakter, die Lebensart und die Kultur unseres angestammten



Inge Rauscher und Rudi Pomaroli beim Wahlauftakt vor dem „Haus der Europäischen Union“ in Wien.

Staatsvolkes bewahrt und geschützt werden, das unser Land ja auch in Generationen aufgebaut hat. Deshalb werden wir uns auch für einen **Einwanderungs-Stopp** einsetzen und für die Wiedererrichtung ständiger und wirksamer **Kontrollen an allen unseren Staatsgrenzen**.

Und für den Wiederaufbau der größten Errungenschaft Europas, die es nur in diesem Kontinent gibt, nämlich der **Sozialstaaten** und deren Voraussetzung, der **Nationalstaaten**, die durch die Politik und die gesamte Grundkonstruktion der EU immer mehr zerstört und aufgelöst werden. Diese ist nämlich eindeutig als supranationales, also **über** den Staaten und Völkern stehendes, zentralistisches und undemokratisches Machtgebilde konzipiert, was auch für frühere Zweifler immer offenkundiger wird.

Die **Profiteure** dabei sind eine kleine Minderheit, nämlich in erster Linie die multinationalen Großkonzerne und die Finanzindustrie zulasten der Volkswirtschaften. Das spürt die Masse der Bürger täglich im Geldbörstel am dramatischen **Verlust der Kaufkraft**. Die Einkommen sowohl der kleinen und mittleren Selbständigen als auch der Arbeitnehmer, Bauern und Pensionisten stagnieren seit dem EU-Beitritt wertmä-

ßig, die Preise und die Lebenshaltungskosten sind aber drastisch gestiegen. Deshalb lehnen wir auch die Pläne für **einen** EU-weiten Finanzminister, EU-weite Steuern oder eine EU-weite Arbeitslosenversicherung vehement ab, die zu einer Verschärfung dieser Entwicklung führen würden.

Zur überparteilichen Arbeit ein zweites Standbein aufbauen.

Die seit Jahrzehnten außerparlamentarisch tätige „Initiative Heimat & Umwelt“ sowie das überparteiliche „Personenkomitee für den Aus-

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer



Start-Presskonferenz am 17. Jänner

Von links nach rechts:

Dipl.Ing. Rudolf POMAROLI, Inge RAUSCHER, Helmut SCHRAMM

tritt Österreichs aus der EU“ werden auch nach einem erhofften Einzug von EU-NEIN ins Europaparlament **unabhängig weiterarbeiten**. Beide haben nun beschlossen, mit geeigneten Partnern zusätzlich ein zweites Standbein dazu mit-aufbauen zu helfen und die Anliegen der Unterzeichner von **Volksbegehren und parlamentarischen Bürgerinitiativen** durch deren Vertretung im Europaparlament zu verstärken und auch auf dieser Ebene voranzutreiben. Dies insbesondere auch deshalb, weil Volksbegehren und andere demokratische Basisaktionen von den bestehenden Parlaments- und Regierungsparteien immer weniger ernst genommen und vom Volk herbeigeführte **Volksabstimmungen** nicht zugelassen, ja zu wirklich wichtigen Themen überhaupt

verboten werden sollen.

Wir wollen auch im Europaparlament für die Eigenständigkeit Österreichs eintreten und für eine Abkehr von der dzt. noch alles beherrschenden, unsozialen Wirtschaftsdiktatur der multinationalen Konzerne zugunsten des Wiederaufbaus einer **funktionierenden und umweltschonenden Volkswirtschaft**. Diese soll in erster Linie auf Regionalität und Kleinstrukturierung anstatt Globalisierung und undurchsichtige Gigantomane ausgerichtet werden.

Schweigekartell durchbrechen

Weiters geht es „EU-NEIN“ darum, durch die angestrebte Präsenz im „Europaparlament“ das Schweigekartell

der bestehenden Parteien zu durchbrechen und eine Art „**Vorwarnsystem**“ zu errichten, mit dem alle Informationen über wichtige Vorhaben von EU-Kommission und EU-Rat möglichst bereits im Anfangsstadium an die Bürger weitergegeben werden; so könnten - falls notwendig - rechtzeitig Diskussionen darüber **in aller Öffentlichkeit** und nicht nur hinter verschlossenen Türen geführt und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Es darf nie wieder passieren, daß ein **weitreichendes Migrationsabkommen** zwischen 26 afrikanischen Staaten und 27 EU-Mitgliedstaaten ohne jede Information der österreichischen Bürger beschlossen wird, wie bei der „**Politischen Deklaration von Marrakesch**“ (siehe <https://bit.ly/2FSDXt8>, nicht zu verwechseln mit dem UNO-Migrationspakt). Über deren Unterzeichnung am 2. Mai 2018 durch eine offizielle Vertreterin der österr. Bundesregierung erfolgte bis heute keinerlei Information, weder durch die Oppositionsparteien und schon gar nicht durch die Regierungsparteien - wie ja auch beim **UNO-Flüchtlingspakt**. Man kann lediglich Monate im Nachhinein fertig beschlossene Abkommen aus dem Internet abrufen.

Das gleiche gilt für das Mittragen von **Freihandelsabkommen mit Überseestaaten** wie Japan (JEFTA), Singapur u.a., bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Handelsverbote mit der russischen Föderation.

ACHTUNG! Mindestens 2.600 Unterstützungserklärungen Voraussetzung für Wählbarkeit.

Diese müssen bis spätestens 8. April bei uns einlangen, sonst kann EU-NEIN nicht am Stimmzettel stehen. Die behördlich vorgegebene Unterstützungserklärung, hier zur Entnahme beigelegt, kann nur beim Hauptwohnsitz-Gemeindeamt **vor dem Beamten** unterschrieben werden. Dieser bestätigt im oberen Teil der U-Erklärung die Identität des Unterschreibers (bitte die volle Adresse angeben) und im unteren Teil anhand der Wählerevidenz, daß der Unterschreiber wahlberechtigt ist. In Wien und den Landeshauptstädten kann in **jedem** magistratischen Bezirksamt unterschrieben werden, nicht nur in Ihrem Wohnbezirk.

Ab dem Zeitpunkt der offiziellen Ausschreibung der Wahl durch das Innenministerium („Wahlerlaß“), die **gegen Ende Februar** zu erwarten ist (genaues Datum noch nicht bekannt), können Unterstützungswillige bereits den **oberen Teil** der U-Erklärung bestätigen lassen. Die Beamten sind verpflichtet, jedem Unter-

schreiber sofort nach dieser Identitätsbestätigung das Formular wieder auszuhändigen. Bitte dieses umgehend an die auf dem Formular ganz unten angegebene Adresse einsenden; die Bestätigung des **unteren** Formularteils (nämlich daß der Unterschreiber auch wahlberechtigt ist) können wir dann auf dem Postweg einholen. **Je früher** die bestätigten U-Erklärungen bei uns einlangen, **desto wirkungsvoller** können wir an dieser Kandidatur arbeiten! Bitte - wenn möglich - die Unterstützungserklärung vor dem Ausfüllen kopieren und an Freunde und Bekannte weitergeben. Vielen Dank im voraus.

Ab dem 12. März (dem offiziellen „Stichtag“ dieser Wahl) dürfen die Gemeinde- bzw. magistratischen Bezirksämter dann den oberen und unteren Teil der Unterstützungserklärung **in einem** bestätigen und müssen diese dann ebenfalls den Unterschreibern zur Einsendung an uns sofort wieder aushändigen.

Es kann nicht so weitergehen, daß selbst interessierte Bürger wie Detektive nur über verschlungene Wege in Erfahrung bringen können, welche Zusagen und Verpflichtungen ihre sogenannten „Vertreter“ über ihre Köpfe hinweg zu ihrem Nachteil gegenüber anderen Staaten und internationalen Institutionen eingehen.

Hat das Kandidaturprojekt überhaupt eine reelle Chance?

Die IHU initiierte das **EU-Austritts-Volksbegehren** vom Juni 2015, das von **261.056** Mitbürgern unterzeichnet wurde (damals noch ausschließlich persönlich vor den Gemeindeämtern und Magistraten möglich), die NFÖ kandidierte bereits bei der letzten Wahl zum Europaparlament 2014 mit „**EU-STOP**“, welches von rund **78.000** Bürgern gewählt wurde. Für den Einzug ins Europaparlament - das **Wahlziel von EU-NEIN** - werden bei einer prognostizierten Wahlbeteiligung von 45 %

voraussichtlich ca. **150.000** Wählerstimmen notwendig sein.

Test für die Demokratie

Es geht bei dieser Wahl - und bereits beim Sammeln der Unterstützungserklärungen - nicht zuletzt darum, ob es überhaupt noch möglich ist, daß normale Bürger ohne Geld- und Machtapparat hinter sich eine Chance haben, in ausreichendem Ausmaß gewählt zu werden - oder wird auch weiterhin das **große Geld gewinnen** wie derzeit? Siehe die letzten Nationalratswahlen: die **Kurz-ÖVP** über **13 Millionen Euro (!)** Wahlkampfausgaben offiziell, die **FPÖ** über **10 Millionen**, die **SPÖ** über **7 Millionen**. Man muß sich einmal vorstellen, um welche horrenden Beträge es hier geht: ÖVP 176 Millionen Österreichische Schillinge, FPÖ 137 Millionen, SPÖ 96 Millionen - nur für Wahlwerbung bei **einer** Wahl!

Wir von EU-NEIN hoffen darauf, daß Österreichs Bürger und Bürgerinnen

bereit sind, diese Geldspirale am 26. Mai 2019 bei den Europawahlen erstmals zu durchbrechen.

Bitte unterstützen Sie uns auch finanziell!

Glauben Sie uns, es gehört sehr viel Mut und eine enorme Arbeitsbereitschaft von Idealisten dazu, dies überhaupt ernsthaft zu versuchen! Die größte Herausforderung dabei: Wie können wir es schaffen, daß alle (oder wenigstens die meisten) Österreicher und Österreicherinnen **überhaupt erfahren**, daß es diese Kandidatur unabhängiger Kräfte gibt?! Das wird nur gelingen, wenn alle daran Interessierten Informationen darüber selbst weiterverbreiten (Schneeballsystem!) und uns auch durch Kostenbeiträge im Rahmen ihrer persönlichen Möglichkeiten für **Verbreitungsaktionen in größerem Stil** unterstützen, damit wir im Wege dieser Kandidatur die EU-Austrittsbewegung einen großen Schritt weiterbringen können. Vielen Dank dafür im voraus!

Das Agrarprogramm der EU ist ein Bauernvernichtungsprogramm.

Buchauszug von Adolf Riautschnig

Man kann nicht von Sizilien bis zum Nordkap die Bauern über einen Kamm scheren und eine einheitliche Agrarpolitik für alle zwingend machen. Dieses Programm entvölkert den ländlichen Raum. Alles drängt in die großen Städte, die großen Metropolen der Welt platzen jetzt schon aus allen Nähten. In manchen Teilen Europas liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 70 Prozent. Städte werden Brutstätten für gewaltbereite Menschen. Kriminalität wird nicht mehr beherrschbar.

Stirbt das Land, stirbt die Stadt. Hintergrund dieser Jahrtausende alten Regel ist, daß die Menschen in ihrer Kulturhöchstblüte plötzlich lebenswichtige Fähigkeiten verlieren, den sorgfältigen und sparsamen Umgang mit dem Boden, dem Wasser. Hinzu kommt der ständig um sich greifende Verfall von Sitte und Anstand, der im ständig steigenden Konsum von Drogen gipfelt. Schnell vergißt der Wohlstandsbürger auf den Bauernstand, auf die Wurzeln des Wohlstands, ohne die kein Markt, keine Wirtschaft, keine Industrienation, keine freie Kunst und Kultur entstehen und existieren können.

.... Es entspricht nicht der menschlichen Würde und Selbstbestimmung, die an der Scholle und auf den Höfen verbleibenden Bauern als ökonomischen Mechanismus der Lebensmittelproduktion betrachten zu wollen.

Es geht nicht um eine Glorifizierung des Berufsstandes

der Bauern. In dieser Zeit der Werteverstärkung, der Orientierungslosigkeit und Gleichgültigkeit geht es um uns alle.

Unter großem Erzeugerpreisdruck lockten die Bauernvertreter von ÖVP und SPÖ uns Bauern in die Europäische Union. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wurden sie von den Parteien, den Gewerkschaften, der Industrie und den Medien, dem mächtigen Raiffeisenkonzern, den Kirchen, in die EU hineingelogen.

Die EU steht nicht für Bauern, sondern für Landwirtschaft, exakt für industrialisierte Landwirtschaft. Die EU bewegt sich in der Bauernfrage auf einem völlig falschen Weg. Sie kollektiviert und verstaatlicht zwar nicht, aber sie nimmt den Bauern die Freiheit des Wirtschaftens und des Handelns und verwaltet sie zu Tode. Ein Viertel bis zu einem Drittel der jetzigen Höfe sind existentiell gefährdet und werden in der nächsten Zeit gezwungen sein aufzugeben.

*Entnommen dem aufrüttelnden und gut verständlichen Tatsachenbericht „**Bauern im Untergang - Gedanken zu Gegenwart und Zukunft des Bauerntums**“.*

Geschrieben von einem langjährigen Fachmann und Praktiker, zu bestellen im guten Buchhandel unter der ISBN-Nr. 978-3-943506-47-1 oder bei uns.

www.eu-nein.at

WEGWARTE 29. Jahrgang, Folge 1, Jänner 2019, Zulassungsnr. "02Z033544S" Mitteilungen der

Initiative Heimat & Umwelt, Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien, Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, Tel.: 02242/70 516 oder 0664/425 19 35, ihu@a1.net

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 21.01.2019, **Spendenkonto: IBAN: AT36600000007483053, BIC: OPSKATWW**

Einladung zum

EU-NEIN-Interessententreffen

mit Inge Rauscher und NFÖ-Kollegen

für EU-Austritt, Einwanderungs-Stopp,
Direkte Demokratie, Neutralität

Bericht der Proponenten über die aktuelle Lage und Meinungs-austausch dazu. Wie kann das gemeinsame Wahlbündnis ein Erfolg werden? Wer hilft mit beim Sammeln der Unterstützungserklärungen? Wer hat konkrete Vorschläge für machbare Verbreitungsaktionen und sonstige Ideen zu diesem Wahlprojekt? Der Einzug ins Europaparlament wäre ein großer Schritt vorwärts für obige Ziele. Er wird aber nur gelingen, wenn viele dabei zusammenhelfen. Wir hoffen, daß auch Sie dazugehören werden und freuen uns auf Ihren Besuch!

Dienstag, **5. Februar**, um **18 Uhr**

in **LEOBEN**

im **Gasthof „ORTNER“**
Bahnhofplatz 1

Mittwoch, **13. Februar**, um **18 Uhr**

in **LINZ**

im **Gasthof „Lindbauer“**
Linz-Urfahr, Linke Brückenstr. 2
*für Auswärtige: 15 Minuten ab Bahnhof stadteinwärts
mit Straßenbahn Linie 1 oder 2*

Mittwoch, **6. Februar**, um **18 Uhr**

in **KLAGENFURT**

im **„Gasthaus im Landhaushof“**
Landhaushof 1

Donnerstag, **14. Februar**, um **18 Uhr**

in **SALZBURG**

im **Restaurant „Stieglbräu“/Imlauer**
Rainerstr. 14,
Nähe Hauptbahnhof

Donnerstag, **7. Februar**, um **18 Uhr**

in **GRAZ**

im **Gasthaus „Glöcklbräu“**
Glockenspielplatz 2,
im 1. Stock im Raum „Gerstenboden“

*für Auswärtige:
mit der Straßenbahn ca. 15 Minuten
ab Graz-Hauptbahnhof bis zur Station „Hauptplatz“*

Freitag, **15. Februar**, um **18 Uhr**

in **WIEN**

im **Restaurant „Kupferdachl“**
(Leupold/unten)
Schottengasse 7,
Nähe Schottentor („Jonas-Reindl“)

*erreichbar mit der U-2, den Straßenbahnlinien D, 1, 2,
37, 38, 40, 41, 42, 43, 44 und Bus 1A und 40A*